

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 92. Ratssitzung vom 4. März 2020

2281. 2019/356

Weisung vom 04.09.2019:

**Stadtentwicklung Zürich, Stiftung Zürcher Institut für interreligiösen Dialog ZIID,
Beiträge 2020–2022**

Antrag des Stadtrats:

Der Stiftung Zürcher Institut für interreligiösen Dialog ZIID wird für die Übergangsphase in den Jahren 2020–2022 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 140 000.– bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Maya Kägi Götz (SP): *Das ZIID entstand aus der Stiftung für Kirche und Judentum. Seit mehr als 180 Jahren setzt sich diese Einrichtung für den Dialog zwischen Christen und Juden ein. Dank einer Schenkung kann die Stiftung ihre Tätigkeit seit 1994 in einer eigenen Liegenschaft an der Limmattalstrasse 73 in Höngg ausführen. Aktuell befindet sie sich in der Paulusakademie. 2007 wurde eine Erweiterung des Stiftungszwecks beschlossen. Seither wird auch der Islam miteinbezogen und die Arbeit stärker auf den interkulturellen und interreligiösen Austausch ausgerichtet. Das spiegelt sich auch in der tripartiten Fachleitung wider, die sich aus einer jüdischen, einer christlichen und einer muslimischen Fachperson zusammensetzt. Sie wirkt neben einer Geschäftsführerin und einer administrativen Mitarbeiterin. Die Hauptaufgabe des ZIID ist die Wissensvermittlung im Bereich der Erwachsenenbildung und sie leistet einen wesentlichen Beitrag, um das Zusammenleben in einer interreligiösen Gesellschaft zu ermöglichen und zu stärken. Das ZIID vermittelt Wissen und organisiert akademisch fundierte Kurse, Tagungen und Vorträge. Das Kursangebot entsteht auch in Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen wie der Volkshochschule Zürich. Die Lernangebote reichen Hand zur Auseinandersetzung mit den Grundlagen der drei abrahamitischen Religionen und mit Gegenwartsthemen im Spannungsfeld Religion und Gesellschaft. Seit 2009 wird das ZIID von der Stadt unterstützt: über die vergangenen Jahre von 2018 bis 2019 mit einem Beitrag von 100 000 Franken. Im Hinblick auf die künftige Mitfinanzierung wurde die Zuständigkeit innerhalb der Stadtverwaltung von der Finanzverwaltung aufs Präsidialamt übertragen, wo sich die Integrationsförderung innerhalb der Stadtentwicklung mit dem Institut befasst. Religion ist in der Stadt Zürich eine Privatsache. Der Bedarf an kompetenter und unabhängiger Aufklärungsarbeit im interreligiösen Dialog ist auch oder gerade in unserer stark säkularisierten Gesellschaft nachweislich vorhanden. Für die Stadt und die soziale Kohäsion ist es wichtig, dass die gelebten kulturellen und religiösen Traditionen auf der Basis des geltenden Rechts sichtbar sein können und Wertschätzung erfahren. Darum braucht es neben dem Engagement der einzelnen Religionsgemeinschaften und der*

Stadt auch Strukturen, die koordinieren, Information und Wissen vermitteln, Öffentlichkeitsarbeit leisten und fachlich kompetente Unterstützung und Beratung anbieten und so zum Gelingen des interreligiösen Dialogs beitragen. Aufgrund einer schwächeren Nachfrage im Kurswesen und aufgrund eines massiven und strukturellen Defizits hat sich der 2018 erneuerte Stiftungsrat der Aufgabe der Neuausrichtung verschrieben. In der Rechnung 2008 weist das ZIID ein Betriebsdefizit von 419 000 Franken aus. Das Stiftungskapital beläuft sich laut Bilanz auf 1 650 000 Franken. Die im vergangenen Jahr verabschiedete Strategie setzt jetzt entschieden auf die Stärkung von Eigenleistungen. Im Vordergrund stehen dabei vermehrt Aktivitäten als Dienstleistungen für Institutionen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Justiz. In Zukunft soll die städtische Mitfinanzierung des ZIID sodann auch an diese Leistungen gekoppelt sein: Leistungen wie Information und Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Zürcher Bevölkerung und Leistungen, die der Verwaltung durch den städtischen Pauschalbeitrag kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Namentlich geht es bei diesen Leistungen um alltagsorientierte Schulungen für Mitarbeitende und Unterstützung bei religiösen Fragestellungen oder bei der Erarbeitung von Schulungs- und Informationsmaterialien und Beratungen bei Konflikt- und Kriseninterventionen. Diese Angebote können grundsätzlich von allen städtischen Dienstabteilungen in Anspruch genommen werden. Die Weisung zeigt eine Reihe von Abteilungen und Einrichtungen, wie Pflege, Alterszentren, Schulhäuser, Stadtpolizei oder «Schutz und Rettung», bei denen Schulungen und Beratungen auf grosses Interesse stossen und von Nutzen sein könnten. Mit dem angestrebten Turnaround versteht sich der Zeitraum von 2020 bis 2022 als eine Übergangsphase – eine Zeit, die das ZIID für die Umsetzung der neuen Strategie braucht. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, die Stiftung «Zürcher Institution für interreligiösen Dialog» in der Übergangsphase von 2020 bis 2022 mit einem jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrag von 140 000 Franken zu unterstützen. Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

Christian Huser (FDP): Gerne erkläre ich ihnen unseren Textänderungsantrag und warum wir nur für das Jahr 2020 den Betrag von 140 000 Franken bewilligen wollen und den Stadtrat beauftragen möchten, im Hinblick auf die künftigen Beitragsgewährungen die Leistungsverträge mit anderen Institutionen zu untersuchen, sowie die Erfüllung des Leistungsvertrags zu überprüfen. Das ZIID steht aufgrund eines strukturellen Defizits vor grossen Herausforderungen und hat 2019 eine neue Strategie verabschiedet. Dem Gemeinderat wird für die Übergangsphase 2020 bis 2022 ein jährlicher Beitrag von 140 000 Franken beantragt. Damit verbunden ist ein Wechsel der Zuständigkeit ins PRD und eine stärkere Ausrichtung auf Leistungen, die für die Stadt Zürich von Nutzen sind. Das heisst: Weg vom allgemeinen Betriebsbeitrag, hin zur Finanzierung von Leistungen, die für die Stadt von Interesse sind. Dass das ZIID zum wiederholten Male Mühe mit den Finanzen hat, zeigt für uns, dass das ZIID immer wieder neue Daseinsberechtigungen sucht, um an Finanzen zu gelangen. Es gibt im Kanton Zürich mindestens drei weitere Organisationen, die alle die gleichen Ziele verfolgen: Förderung des Verständnisses für die verschiedenen Religionen, Beratung, Information und Austausch. Dazu gehört der interreligiöse «runde Tisch» im Kanton Zürich (IRT), der neben den traditionellen Vertre-

tern der Kirche und Religionen sich in den letzten Jahrzehnten auch für neue Religionsgemeinschaften öffnete, namentlich christlich-orthodoxe und muslimische. Der IRT begrüsst die Absicht des Kantons, auch neuen Religionsgemeinschaften Wertschätzung und Anerkennung entgegen zu bringen. Der IRT nimmt sogar dankbar zur Kenntnis, dass die SP-Regierungsrätin und Religionsministerin Jacqueline Fehr eine umfangreiche Studie erstellen liess, die die Situation der neuen Gemeinschaften erfasst und konkrete Vorschläge für eine verbesserte und verbindliche Zusammenarbeit macht. Weiter gibt es das «Zürcher Forum der Religionen», das einen Zusammenschluss religiöser Gemeinschaften und staatlicher Stellen im Kanton Zürich darstellt. Es sieht sich als Bindeglied zwischen den fünf grossen Religionstraditionen Hinduismus, Buddhismus, Judentum, Christentum und Islam, und setzt sich sowohl für den interreligiösen Dialog, als auch für den Austausch zwischen den religiösen und politischen Institutionen ein. Das Ziel ist, das friedliche Zusammenleben in der multikulturellen und multireligiösen Stadt Zürich, im Kanton Zürich und in der ganzen Schweiz zu fördern. In diesem dynamischen Prozess mit seinen spezifischen Herausforderungen und Fragestellungen bietet sich das Forum als neutraler Ansprechpartner an – für Religionsgemeinschaften, für staatliche Stellen, sowie für die Gesellschaft als Ganzes. Als dritte Institution gibt es «Iras Cotis», die interreligiöse Arbeitsgemeinschaft der Schweiz. Diese bezweckt den Austausch, Dialog und die Zusammenarbeit von Menschen mit unterschiedlichem religiösem und kulturellem Hintergrund zu fördern. Vorurteile und Ängste sind abzubauen und so soll zum sozialen Zusammenhalt in der Schweiz beigetragen werden. Diese Zielsetzung erreicht es durch interreligiöse Projekte in den Bereichen Bildung, Begegnung und Vernetzung. «Iras Cotis» wurde 1992 als Verein gegründet und wird von rund 70 Religionsgemeinschaften und Organisationen unterstützt, die sich im interreligiösen und interkulturellen Dialog engagieren. Darum lehnen wir den Betriebsbeitrag von jährlich 140 000 Franken für die Jahre 2020 bis 2022 ab, wollen den Betrag von 140 000 Franken nur für das Jahr 2020 sprechen und fordern zusätzlich vom Stadtrat, die Erfüllung des Leistungsauftrags zu prüfen. Verstehen sie uns nicht falsch: Wir wollen den ZIID die Gelder nicht einfach streichen, sondern dem ZIID die Chance geben, die finanzielle Situation zu verbessern.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Simone Hofer Frei (GLP): Den interreligiösen Dialog zu fördern: Gegen dieses Ziel des ZIID gibt es gar nichts einzuwenden, im Gegenteil. Nur hat die Stadt mit dem «Forum der Religionen» bereits einen Partner, um den Dialog und das friedliche Zusammenleben im multikulturellen und multireligiösen Zürich zu fördern. Das «Forum der Religionen» organisiert Veranstaltungen wie Rundgänge in Synagogen, Moscheen und Kirchen oder Vernetzungstreffen. Der Rundgang, der kürzlich hätte stattfinden sollen – ich weiss nicht, ob er dem Coronavirus zum Opfer fiel – war ausgebucht, als ich mich dafür anmelden wollte. Anders sieht es bei vielen Kurse des ZIID aus, die zum Teil von nur sehr wenigen Personen besucht werden. Das Angebot des ZIID spricht einen sehr spezialisierten Personenkreis an. Das Ziel, eine breite Öffentlichkeit zum Dialog über das friedliche Zusammenleben in Zürich anzuregen, sehen wir eher mit den Veranstaltungen des «Forums der Religionen» erreicht. Das ZIID erbringt Leistungen, wie zum Beispiel die Vermittlung von theologischen Grundlagen, die nicht direkt in einem städtischen Interesse stehen

und eher in ein akademisches Umfeld gehören. Wir müssen uns bei jedem Betriebsbeitrag sehr sorgfältig überlegen, ob die Institution wirklich eine Aufgabe erfüllen, die für die Stadt wichtig ist, oder ob nicht Andere verpflichtet wären, diese zu unterstützen – in diesem Fall etwa der Kanton, die Universitäten oder Private. Natürlich sind alle Anträge für einen Betriebsbeitrag immer wohlbegründet und es ist immer einfacher Ja als Nein zu sagen. Im Fall des ZIID sind wir aber der Meinung – und waren es schon in früheren Diskussionen hier im Rat – dass es nicht Sache der Stadt ist, die Institution, so wie sie jetzt aufgestellt ist, zu unterstützen und auch nicht die Neuausrichtung oder die Sanierung zu finanzieren.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Das «Zürcher Institut für interreligiösen Dialog» ZIID leistet einen grossen, wertvollen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Das ZIID bringt den interreligiösen Dialog gezielt in den Alltag: praktisch, niederschwellig, integrativ. Es weckt Interesse an interreligiösen Fragen und versucht, diese zu beantworten. Damit erweitert das ZIID Horizonte und trägt zum gegenseitigen Verständnis bei. Das Problem des ZIID wurde angesprochen: das strukturelle Defizit von jährlich mehreren 100 000 Franken. Diese Defizite können vorläufig vom Stiftungskapital von über einer Million Franken aufgefangen werden, langfristig kann man das aber nicht so stehen lassen. Die hohen Defizite müssen verschwinden. Der Stiftungsrat unter der Leitung des ehemaligen Stadtrats Gerold Lauber ist sich dessen sehr wohl bewusst. Er hat darum eine entsprechende neue Strategie erarbeitet. Im Strategiepapier vom 12.9.2019 steht: «Oberstes Ziel der Strategie 2019-2021 ist die Sicherung der finanziellen Nachhaltigkeit des ZIID über die breite und stabile Abstützung auf institutionelle Träger, die kostendeckende Verrechnung praxisorientierter Dienstleistungen und die finanzielle Förderung durch weitere Sponsoren.» Es gibt klare Zeichen, dass es dem Stiftungsrat ernst ist mit der Umsetzung dieser neuen Strategie. Er beschloss beispielsweise, den Personaletat des ZIID um 130 Stellenprozente zu reduzieren. Daraus ergeben sich jährliche Einsparungen von zirka 130 000 Franken. Das erwähnte Ziel will das ZIID auch durch ein adressatengerechtes Weiterbildungsangebot und durch Beratungen erreichen. Insbesondere sollen gezielt Schulungen für Institutionen und Behörden angeboten werden. Das ZIID hat drei Bereiche identifiziert, in denen es vermehrt aktiv werden möchte: Gesundheit, Bildung sowie Justiz und Sicherheit. Das ZIID ist im Moment mit potenziellen Kunden in diesen drei Bereichen im Gespräch, um massgeschneiderte Weiterbildungsangebote zu entwickeln. Bereits hat das ZIID einige neue Kunden gewonnen und entsprechende Aufträge erhalten. Man darf im Moment also – bei aller Vorsicht – zuversichtlich sein, dass die neue strategische Ausrichtung des ZIID greift. Zudem wird eine neue Leistungsvereinbarung zwischen dem Präsidentsdepartement und dem ZIID sicherstellen, dass die Dienstleistungen des ZIID noch mehr als bisher auf die Zürcher Bevölkerung ausgerichtet werden. In dieser Situation ist es für uns Grüne sinnvoll, den jährlichen städtischen Beitrag an das ZIID zu erhöhen und von 2020 bis 2022 zu bewilligen, wie vom Stadtrat beantragt. Mit dieser städtischen Unterstützung gibt man dem ZIID eine faire Chance, die neue Strategie umzusetzen und die interreligiöse, humanistische Bildungsarbeit weiterzuführen für ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt.*

Maya Kägi Götz (SP): Wenn wir als SP diesem Beitrag zustimmen, tun wir dies nach durchaus intensiven Diskussionen und weil wir die Mission und den Auftrag der Einrichtung und damit den Wert des interreligiösen Dialogs grundlegen stark gewichten. Aufklärungsarbeit und die Kenntnis verschiedener Traditionen und Kulturen sind für ein friedliches Zusammenleben zentral – das sind wir uns alle bewusst. Insofern begrüßen wir, dass es mehrere Einrichtungen gibt, die sich in diesem Bereich bewegen – gerade in Zeiten von Islamophobie, Muslimenfeindlichkeit und einem beängstigenden und nachweislich wiedererstarkten Antisemitismus – müssen wir in das Wissen und unsere Kultur und Religionsgeschichte investieren. Wir finden die mit dem Strategiewechsel verbundene Ausrichtung mit den verstärkt verwaltungsbezogenen Aufgaben sehr begrüßenswert. Nach unserer Einschätzung kann die Umsetzung eines doch grundlegenden Strategiewechsels innert Jahresfrist nicht vernünftig ausgewertet und bewertet werden. Der Schritt in diese neue Richtung Neuausrichtung verdient unsere Unterstützung. Wenn sie gelingt, könnte das neue Modell und seine Angebote durchaus auch für andere Städte interessant sein. Als Mitglied der Kommission, die sich in den vergangenen Wochen eingehend mit der Geschichte, den jüngsten Veränderungen und den neuen Aufgaben des ZIID befasst hat, wünsche ich mir für die Zukunft mehr zeitnahe Kommunikation über die Entwicklungen, innerbetriebliche Veränderungen und Transparenz. Auch die Leistungsvereinbarung halte ich für das richtige Instrument; sie trägt zur Vertrauensbildung bei. Als verdienstvolle Einrichtung, die einen wichtigen Beitrag zur Wissensvermittlung leistet, hat das ZIID für einen echten Turnaround unsere Unterstützung aus unserer Sicht zweifellos verdient. Noch eine Bemerkung zu den Überschneidungen mit dem «Forum der Religionen»: Diese wurden natürlich überprüft und es wurde keine Doppelspurigkeit festgestellt.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Es wurde gesagt, die Haltung der Stadt Zürich sei, dass Religion bei uns Privatsache ist. Es ist aber ein Anliegen, dass verschiedene kulturelle und religiöse Traditionen auf der Basis des geltenden Rechts in unserer Stadt sichtbar sein dürfen und auch Wertschätzung erfahren. Das bedeutet unter anderem, dass wir nur dort religiöse Gemeinschaften unterstützen, wo sie als Gemeinschaft eine gesellschaftlich relevante Aufgabe wahrnehmen. Das ist in bestimmten Bereichen und Aktivitäten der Fall, in denen der religiöse und soziale Frieden gestärkt wird und so das Zusammenleben in unserer Stadt und die Teilhabe am gesellschaftlichen Alltag ermöglicht und erleichtert werden. Damit der interreligiöse Dialog gelingt, braucht es neben dem Engagement der einzelnen Religionsgemeinschaften und der Stadt auch Strukturen, die koordinieren; Wissen und Informationen vermitteln; Begegnung und Austausch ermöglichen; Öffentlichkeitsarbeit leisten; und eine fachlich kompetente Unterstützung und Beratung bieten. Dafür stehen in der Stadt Zürich mit dem «Forum der Religionen» und dem «Zürcher Institut für den interreligiösen Dialog» zwei Organisationen zur Verfügung, die sich in ihren Aufgaben und Vorgehensweisen ergänzen. Es bestehen keine Doppelspurigkeiten. Wir beantragen mit unserer Weisung, die städtische Mitfinanzierung an das ZIID für die Jahre 2020 bis 2022. Es wurde bereits erwähnt: Das unterscheidet sich von den bisherigen Beiträgen. Erstens soll die Finanzierung überführt werden vom Finanzdepartement ins Präsidialdepartement. Das ist notabene eine Forderung, die aus dem Gemeinderat ge-

stellt wurde. Zweitens soll der städtische Beitrag im Einklang stehen mit der neuen Strategie des ZIID und an konkrete Leistungen gebunden sein, die für die Stadt von Nutzen sind. So können sich beispielsweise städtische Verwaltungsstellen wie Spitäler, Schulen, Sicherheits- und Rettungsdienste oder soziale Einrichtungen in Zukunft kostenlos in religiösen und interreligiösen Fragestellungen beraten und unterstützen lassen. Drittens will der Stadtrat mit dieser Weisung jährliche Beiträge für eine dreijährige Übergangsphase. Wir brauchen die drei Jahre, um zu beurteilen, ob die neue Strategie des ZIID greift, ob es dem ZIID gelingt, das strukturelle Defizit in einem ausreichenden Mass zu reduzieren und ob die angebotenen Leistungen tatsächlich nachgefragt werden. Der Stadtrat ist überzeugt, dass diese neue Chance zur Neuorientierung für das ZIID sinnvoll ist und dass es diese dreijährige Übergangsfrist braucht. Nur so ist es möglich, dass man bei einer allfälligen Folgeweisung auf Basis konkreter Erfahrungen und seriöser Auswertungen Anträge stellen kann. Der Antrag, die Beiträge auf ein Jahr zu begrenzen, würde es verunmöglichen, diese Neuorientierung auszuwerten. Das ist nicht zielführend. Wir müssten eine neue Weisung bringen, ohne dass wir entsprechende Erkenntnisse gewonnen hätten. Ich bitte sie darum, dem Antrag der Mehrheit zu folgen und den wiederkehrenden Beitrag für die Jahre 2020 bis 2022 zu bewilligen.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderungen zum Antrag des Stadtrats:

Der Stiftung Zürcher Institut für interreligiösen Dialog ZIID wird für die Übergangsphase in den Jahren 2020–2022 das Jahr 2020 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 140 000.– bewilligt. Der Stadtrat wird überdies beauftragt, im Hinblick auf künftige Beitragsgewährungen Redundanzen des Leistungsauftrags mit anderen unterstützten Institutionen zu untersuchen sowie die Erfüllung des Leistungsauftrags zu überprüfen.

Mehrheit: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean Daniel Strub (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Christian Huser (FDP), Referent; Vizepräsident Stefan Urech (SVP), Yasmine Bourgeois (FDP)
Abwesend: Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

7 / 7

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Maya Kägi Götz (SP), Referentin; Präsident Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christian Huser (FDP), Patrik Maillard (AL), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Minderheit: Simone Hofer Frei (GLP), Referentin; Vizepräsident Stefan Urech (SVP)
Abwesend: Roger Bartholdi (SVP), Isabel Garcia (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stiftung Zürcher Institut für interreligiösen Dialog ZIID wird für die Übergangsphase in den Jahren 2020–2022 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 140 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 11. März 2020 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 11. Mai 2020)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat